

Richtlinien

zur näheren Bestimmung der Amtspflichten und sonstigen Pflichten der Mitglieder der Notarkammer Koblenz (RI-NotKKO)

vom 23. Oktober 1999 (Mitteilungen der Notarkammer Koblenz, Teil I, vom 22. Dezember 1999, Nr. 4/1999, S. 129), zuletzt geändert durch Satzung vom 5. Mai 2007 (Mitteilungen der Notarkammer Koblenz, Teil I Nr. 2 und 3/2007, S. 51 ff.)

Auf Grund des § 67 Abs. 2 der Bundesnotarordnung (BNotO) in der Fassung vom 24. Februar 1961 (BGBl. I S. 97), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358), hat die Versammlung der Mitglieder der Notarkammer Koblenz die folgende Satzung beschlossen:

Präambel

Diese Richtlinien dienen dem Schutz des Vertrauens, das dem Notar entgegengebracht wird, und der Wahrung des Ansehens des Berufsstandes.

Diese Richtlinien sind verbindlich, erschöpfen aber die Amtspflichten und sonstigen Pflichten nicht. Sie sind Ausdruck eines gemeinsamen Standesbewußtseins.

Diese Richtlinien befreien den Notar nicht von der Pflicht, sein Tun und Unterlassen in eigener Verantwortung zu bestimmen; dabei soll der Notar auch den Anschein eines Verstoßes gegen Gesetze oder diese Richtlinien vermeiden.

I. Wahrung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Notars

- 1.1. Der Notar ist unparteiischer Rechtsberater und Betreuer sämtlicher Beteiligten.
- 1.2. Der Notar hat auch bei der Beratung und der Erstellung von Entwürfen sowie Gutachten auf einseitigen Antrag seine Unparteilichkeit zu wahren. Dasselbe gilt für die gesetzlich zulässige Vertretung eines Beteiligten in Verfahren, insbesondere in Grundbuch- und Registersachen, in Erbscheinsverfahren, in Grunderwerbsteuer-, Erbschaft- und Schenkungsteuerangelegenheiten sowie in Genehmigungsverfahren vor Behörden und Gerichten.
2. Sowohl genehmigungsfreie als auch genehmigte Nebentätigkeiten des Notars dürfen seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht gefährden.

II. Das nach § 14 Abs. 3 BNotO zu beachtende Verhalten

1. Der Notar hat das Beurkundungsverfahren so zu gestalten, dass die vom Gesetz mit dem Beurkundungserfordernis verfolgten Zwecke erreicht werden, insbesondere die Schutz- und Belehrungsfunktion der Beurkundung gewahrt

und der Anschein der Abhängigkeit oder Parteilichkeit vermieden wird. Dies gilt insbesondere, wenn eine größere Zahl gleichartiger Rechtsgeschäfte beurkundet wird, an denen jeweils dieselbe Person beteiligt ist oder durch die sie wirtschaftliche Vorteile erwirbt. Dazu gehört auch, dass den Beteiligten ausreichend Gelegenheit eingeräumt wird, sich mit dem Gegenstand der Beurkundung auseinanderzusetzen.

Demgemäß sind die nachgenannten Verfahrensweisen in der Regel unzulässig:

- a) systematische Beurkundung mit Vertretern ohne Vertretungsmacht;
 - b) systematische Beurkundung mit bevollmächtigten Vertretern, soweit nicht durch vorausgehende Beurkundung mit dem Vollmachtgeber sichergestellt ist, dass dieser über den Inhalt des abzuschließenden Rechtsgeschäfts ausreichend belehrt werden konnte;
 - c) systematische Beurkundung mit Mitarbeitern des Notars als Vertreter, ausgenommen Vollzugsgeschäfte; gleiches gilt für Personen, mit denen sich der Notar zur gemeinsamen Berufsausübung verbunden hat oder mit denen er gemeinsame Geschäftsräume unterhält, sowie für deren Mitarbeiter;
 - d) systematische Aufspaltung von Verträgen in Angebot und Annahme; soweit die Aufspaltung aus sachlichen Gründen gerechtfertigt ist, soll das Angebot vom belehrungsbedürftigeren Vertragsteil ausgehen;
 - e) gleichzeitige Beurkundung von mehr als fünf Niederschriften bei verschiedenen Beteiligten.
2. Unzulässig ist auch die missbräuchliche Auslagerung geschäftswesentlicher Vereinbarungen in Bezugsurkunden (§ 13 a BeurkG).
 3. Der Notar hat darauf zu achten, dass durch seine persönliche und wirtschaftliche Lebensführung die Wertschätzung des Berufsstandes gewahrt bleibt und seine Amtsausübung nicht beeinträchtigt wird.
 4. Sowohl genehmigungsfreie als auch genehmigte Nebentätigkeiten des Notars dürfen seine Arbeitskraft nicht so in Anspruch nehmen, dass ihm nicht die erforderliche Zeit für die Ausübung seines Amtes verbleibt.

III. Wahrung fremder Vermögensinteressen

1. Der Notar hat ihm anvertraute Vermögenswerte mit besonderer Sorgfalt zu behandeln und Treuhandaufträge sorgfältig auszuführen.
2. Der Notar darf nicht dulden, dass sein Amt zur Vortäuschung von Sicherheiten benutzt wird. Der Notar darf insbesondere Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten nicht zur Aufbewahrung oder zur Ablieferung an Dritte übernehmen, wenn der Eindruck von Sicherheiten entsteht, die durch die Verwahrung nicht gewährt werden. Anlass für eine entsprechende Prüfung besteht insbesondere, wenn die Verwahrung nicht im Zusammenhang mit einer Beurkundung erfolgt.
3. Der Notar darf ihm beruflich anvertrautes Wissen nicht zu Lasten von Beteiligten zum eigenen Vorteil nutzen.

IV. Persönliche Amtsausübung

1. Der Notar hat sein Amt persönlich und eigenverantwortlich auszuüben.
2. Der Notar darf die zur Erzeugung seiner elektronischen Signatur erforderliche Signatureinheit von Zugangskarte und Zugangscode (sichere Signaturerstellungseinheit) nicht Mitarbeitern oder Dritten zur Verwendung überlassen. Er hat die Signatureinheit vor Missbrauch zu schützen.

3. Der Notar darf lediglich vorbereitende, begleitende und vollziehende Tätigkeiten delegieren. In jedem Fall muss es den Beteiligten möglich bleiben, sich persönlich an den Notar zu wenden. Es darf kein Zweifel daran entstehen, dass alle Tätigkeiten der Mitarbeiter vom Notar selbst verantwortet werden.
4. Der Notar hat Beschäftigungsverhältnisse so zu gestalten, dass es zu keiner Beeinträchtigung oder Gefährdung der persönlichen Amtsausübung kommt.
5. Der Notar darf sich im Amt nur vertreten lassen, wenn und solange er an der Ausübung seines Amtes im ganzen verhindert ist.

V. Gemeinsame Berufsausübung

1. Die Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung, sonstige Formen beruflicher Zusammenarbeit sowie die Nutzung gemeinsamer Geschäftsräume dürfen die persönliche, eigenverantwortliche und selbständige Amtsführung des Notars, seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sowie das Recht auf freie Notarwahl nicht beeinträchtigen.
2. Dies haben auch die insoweit schriftlich zu treffenden Vereinbarungen zwischen den beteiligten Berufsangehörigen zu gewährleisten (§ 27 Abs. 2 BNotO).
3. Wird eine bisher in Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung geführte Notarstelle frei, ist der verbliebene Stelleninhaber verpflichtet, die Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung zu den Vereinbarungen, die für die bisherige Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung bestanden haben, mit dem von der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Notarkammer bestellten Notariatsverwalter fortzusetzen.
4. Der verbliebene Stelleninhaber ist ferner verpflichtet, sich mit dem Amtsnachfolger zur gemeinsamen Berufsausübung zu verbinden. Geht der verbliebene Stelleninhaber eine solche Verbindung nicht ein, ist er nach näherer Bestimmung durch die Beitragssatzung der Notarkammer verpflichtet, außerordentliche Beiträge an die Notarkammer zu entrichten (§ 113 b Nr. 3 BNotO). Dies gilt nicht, wenn der Amtsnachfolger erklärt oder auf andere Weise zu erkennen gegeben hat, dass er eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung mit dem verbliebenen Stelleninhaber nicht eingehen möchte.
5. Nr. 3 gilt für die Nutzung gemeinsamer Geschäftsräume entsprechend.

VI. Die Art der nach § 28 BNotO zu treffenden Vorkehrungen

1. Vor Übernahme einer notariellen Amtstätigkeit hat sich der Notar in zumutbarer Weise zu vergewissern, dass Kollisionsfälle im Sinne des § 3 Abs. 1 BeurkG nicht bestehen.
2. Der Notar hat dafür Sorge zu tragen, dass eine zur Erfüllung der Verpflichtungen aus § 3 Abs. 1 BeurkG und § 14 Abs. 5 BNotO erforderliche Offenbarungspflicht zum Gegenstand einer entsprechenden schriftlichen Vereinbarung gemacht wird, die der gemeinsamen Berufsausübung oder der Nutzung gemeinsamer Geschäftsräume zugrunde liegt.
 - 3.1. Der Notar hat Gebühren in angemessener Frist einzufordern und sie bei Nichtzahlung beizutreiben, es sei denn, dass Vollstreckungsmaßnahmen unverhältnismäßig oder erkennbar aussichtslos sind.
 - 3.2. Das Versprechen und Gewähren von Vorteilen im Zusammenhang mit einem Amtsgeschäft sowie jede Beteiligung Dritter an den Gebühren ist unzulässig. Insbesondere ist es dem Notar verboten,

- a) ihm zustehende Gebühren zurückzuerstatten,
 - b) Vermittlungsentgelte für Urkundsgeschäfte oder
 - c) Entgelte für Urkundsentwürfe zu leisten,
 - d) zur Kompensation von Notargebühren Entgelte für Gutachten oder sonstige Leistungen Dritter zu gewähren oder auf ihm aus anderer Tätigkeit zustehende Gebühren zu verzichten.
- 3.3. Durch die Ausgestaltung der einer beruflichen Verbindung zugrundeliegenden Vereinbarung ist sicherzustellen, dass die übrigen Mitglieder der beruflichen Verbindung keine Vorteile gewähren, die der Notar gemäß Nummer 3.2. nicht gewähren darf.

VII. Das nach § 29 BNotO zu beachtende Verhalten

- 1.1. Der Notar darf über die Aufgaben, Befugnisse und Tätigkeitsbereiche der Notare öffentlichkeitswirksam unterrichten, auch durch Veröffentlichungen, Vorträge und Äußerungen in den Medien, soweit nachstehend nichts anderes geregelt ist.
- 1.2. Werbung ist dem Notar insoweit verboten, als sie Zweifel an der Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit des Notars zu wecken geeignet oder aus anderen Gründen mit seiner Stellung in der vorsorgenden Rechtspflege als Träger eines öffentlichen Amtes nicht vereinbar ist.
- 1.3. Mit dem öffentlichen Amt des Notars unvereinbar ist ein Verhalten insbesondere, wenn
 - a) es auf die Erteilung eines bestimmten Auftrags oder Gewinnung eines bestimmten Auftraggebers gerichtet ist,
 - b) es den Eindruck der Gewerblichkeit vermittelt, insbesondere den Notar oder seine Dienste reklamehaft herausstellt,
 - c) es eine wertende Selbstdarstellung des Notars oder seiner Dienste enthält,
 - d) Tätigkeits- oder Interessenschwerpunkte notarieller Tätigkeit angegeben werden,
 - e) der Notar ohne besonderen Anlass allgemein an Rechtsuchende herantritt,
 - f) es sich um irreführende Werbung handelt.
- 1.4. Der Notar darf eine dem öffentlichen Amt widersprechende Werbung durch Dritte nicht dulden.
- 2.1. Der Notar darf im Zusammenhang mit seiner Amtsbezeichnung akademische Grade, den Titel Justizrat und den Titel Professor führen.
- 2.2. Hinweise auf weitere Tätigkeiten im Sinne von § 8 Abs. 1, 3 und 4 BNotO sowie auf Ehrenämter sind im Zusammenhang mit der Amtsausübung unzulässig.
- 3. Der Notar darf sich nur in solche allgemein zugängliche Verzeichnisse aufnehmen lassen, die allen örtlichen Notaren offenstehen. Für elektronische Veröffentlichungen gilt dies entsprechend. Der Notar hat die erstmalige Einrichtung einer Internetseite und alle hierfür verwendeten Domainnamen sowie jede spätere Änderung oder Neuverwendung eines Domainnamens unverzüglich der Notarkammer anzuzeigen, soweit dies außerhalb des Internetangebots der Notarkammer erfolgt.
- 4. Die Aufnahme in Verzeichnisse, elektronische Veröffentlichungen und Anzeigen des Notars dürfen nicht

durch Anlass, Form, Inhalt, Häufigkeit, Verbreitungsgebiet oder auf sonstige Weise der amtswidrigen Werbung dienen. Anzeigen, die den als Anlage beigefügten Vorgaben entsprechen, sind zulässig.

- 5.1. Veröffentlichungen, Vorträge, Äußerungen in den Medien und vergleichbares Auftreten in der Öffentlichkeit sind dem Notar gestattet, soweit nachstehend nichts anderes geregelt ist und soweit solche Tätigkeiten nicht der amtswidrigen Werbung dienen.
- 5.2. Fachvorträge und ihnen gleichzustellende Tätigkeiten sind erwünscht, wenn sie bei Veranstaltungen der Notare oder anderer Juristen stattfinden. Gleiches gilt für akademische Lehrtätigkeiten und sonstige Tätigkeiten, die eindeutig eine wissenschaftliche Zielsetzung haben und sich an einen entsprechenden Adressatenkreis wenden.
- 5.3. Fachvorträge und ihnen gleichzustellende Tätigkeiten vor anderen Personenkreisen, insbesondere in der Öffentlichkeit oder einer beschränkten Öffentlichkeit, sind außerhalb des Amtsbereichs (§ 10 a BNotO) des tätig werdenden Notars nur zulässig, wenn die Notare des betroffenen Amtsbereichs vorab ihre Zustimmung erteilt haben. Wenn die Tätigkeit durch ein berechtigtes Interesse der Rechtspflege oder des Standes gerechtfertigt erscheint, kann die fehlende Zustimmung eines Kollegen durch die vorherige Entscheidung des Vorstands der Notarkammer ersetzt werden.
- 5.4. Tätigkeiten, bei denen der Notar in dieser Eigenschaft über Medien, insbesondere Presse, Hörfunk und Fernsehen, in der Öffentlichkeit auftritt, bedürfen stets der Zustimmung der Notarkammer.
6. Der Notar darf Broschüren, Faltblätter und sonstige Informationsmittel zu den Aufgaben und Befugnissen der Notare in der Geschäftsstelle bereithalten. Zulässig ist auch das Bereithalten dieser Informationen in Datennetzen und allgemein zugänglichen Verzeichnissen. Die Verteilung oder Versendung von Informationen ohne Aufforderung ist nur an bisherige Auftraggeber zulässig und bedarf eines sachlichen Grundes.
7. Die Geschäftspapiere des Notars, die von ihm verwendeten Urkundendeckblätter und die von ihm angebrachten Namensschilder dürfen nicht den Eindruck der Gewerblichkeit oder einer dem Amt widersprechenden Werbung vermitteln oder irreführend sein.
- 8.1. Namensschilder aus dem Amt ausgeschiedener Notare sind spätestens ein Jahr nach dem Ausscheiden zu entfernen. Wird anstelle des Notars ein Notariatsverwalter bestellt, beginnt die Frist mit der Beendigung der Notariatsverwaltung.
- 8.2. Verlegt ein Notar an seinem Amtssitz seine Geschäftsräume, sind das Namensschild und ein Hinweis auf seine neue Geschäftsstelle nach Ablauf von zwei Jahren zu entfernen. Wird der Amtssitz eines Notars verlegt, sind seine Namensschilder auf Verlangen des Amtsnachfolgers unverzüglich, sonst spätestens nach einem Jahr zu entfernen. Ein Hinweis auf den neuen Amtssitz ist nicht gestattet. Nummer 7.1. Satz 2 gilt entsprechend.
- 8.3. Namensschilder, die das Landeswappen enthalten, sind stets unverzüglich zu entfernen.

VIII. Beschäftigung und Ausbildung der Mitarbeiter

1. Der Notar hat die Beziehungen zu seinen Mitarbeitern so zu gestalten, dass seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht gefährdet werden.
2. Der Notar hat für die kontinuierliche Förderung und Überwachung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter und für angemessene Arbeitsbedingungen zu sorgen. Er hat seinen Mitarbeitern auch die berufsrechtlichen Grundsätze und Besonderheiten zu vermitteln.

IX. Grundsätze zu Beurkundungen außerhalb des Amtsbereichs und der Geschäftsstelle

1. Der Notar soll seine Urkundstätigkeit (§§ 20 bis 22 BNotO) nur innerhalb seines Amtsbereichs (§ 10 a BNotO) ausüben, sofern nicht besondere berechnigte Interessen der Rechtsuchenden ein Tätigwerden außerhalb des Amtsbereichs gebieten. Besondere berechnigte Interessen der Rechtsuchenden liegen insbesondere dann vor, wenn
 - a) Gefahr im Verzug ist;
 - b) der Notar eine auf § 16 KostO beruhende oder nach § 17 Abs. 1 Satz 2 BNotO zu behandelnde Urkundstätigkeit vornimmt;
 - c) in Einzelfällen eine besondere Vertrauensbeziehung zwischen Notar und Beteiligten, deren Bedeutung durch die Art der vorzunehmenden Amtstätigkeit unterstrichen werden muss, dies rechtfertigt und es den Beteiligten unzumutbar ist, den Notar in seiner Geschäftsstelle aufzusuchen.
2. Der Notar darf Amtsgeschäfte außerhalb der Geschäftsstelle vornehmen, wenn sachliche Gründe vorliegen.
3. Eine Amtstätigkeit außerhalb der Geschäftsstelle ist unzulässig, wenn dadurch der Anschein von amtswidriger Werbung, der Abhängigkeit oder der Parteilichkeit entsteht oder der Schutzzweck des Beurkundungserfordernisses gefährdet wird.

X. Fortbildung

1. Der Notar hat die Pflicht, seine durch Ausbildung erworbene Qualifikation in eigener Verantwortlichkeit zu erhalten und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass er den Anforderungen an die Qualität seiner Amtstätigkeit durch kontinuierliche Fortbildung gerecht wird.
2. Auf Anfrage der Notarkammer ist der Notar verpflichtet, über die Erfüllung seiner Fortbildungspflicht zu berichten.

XI. Besondere Berufspflichten im Verhältnis zu anderen Notaren, zu Gerichten, Behörden, Rechtsanwälten und anderen Beratern der Auftraggeber des Notars

- 1.1. Der Notar hat sich kollegial zu verhalten und auf die berechtigten Interessen der Kollegen die gebotene Rücksicht zu nehmen. Dies findet seine Ausprägung in den nachfolgenden Regelungen dieses Abschnitts.
- 1.2. Notare haben bei Streitigkeiten untereinander eine gütliche Einigung zu versuchen. Bleibt dieser Versuch erfolglos, so sollen sie eine gütliche Einigung durch Vermittlung der Notarkammer versuchen, bevor die Aufsichtsbehörde oder ein Gericht angerufen wird.
- 1.3. Der Notar darf Angestellte eines anderen Notars nicht abwerben.
- 1.4. Es ist unzulässig, ohne vorherige Zustimmung der Notarkammer
 - a) einen Angestellten eines Notariatsverwalters vor Beendigung der Notariatsverwaltung in ein Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen,
 - b) nach einer Amtssitzverlegung vor Beendigung der Notariatsverwaltung einen Angestellten von seinem früheren Amtssitz an seinen neuen Amtssitz zu übernehmen.
- 2.1. Verlegt ein Notar seine Geschäftsstelle, ohne dass damit eine Amtssitzverlegung verbunden ist, so darf ein anderer Notar innerhalb der nächsten zwei Jahre nur mit seiner Zustimmung in diese Räume einziehen.

- 2.2. Erlischt das Amt eines Notars oder wird sein Amtssitz verlegt, so ist der Amtsinhaber, dem die Landesjustizverwaltung die Verwahrung der Bücher und Akten übertragen hat (§ 51 BNotO), dazu verpflichtet, die begonnenen Amtsgeschäfte abzuwickeln. Ein über den Ersatz der hierfür notwendigen Aufwendungen hinausgehender Anspruch auf Vergütung gegen den bisherigen Amtsinhaber besteht in der Regel nicht.
- 3.1. Erlischt das Amt eines Notars oder wird sein Amtssitz verlegt, so ist er dazu verpflichtet, den Telefon- und Telefaxanschluss sowie das Postfach seiner Amtsstelle dem Notariatsverwalter und seinem Amtsnachfolger zu überlassen.
- 3.2. Amtsvorgänger und Amtsnachfolger haben im Interesse der Kontinuität ihre gegenseitigen berechtigten Interessen mit gebotener Rücksicht wahrzunehmen.
- 3.3. Ein Notar, dessen Amt erlischt, ist verpflichtet, für die Zeit der Notariatsverwaltung das Mobiliar, die Bibliothek und die EDV (Hardware und Software) zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.
- 3.4. Hat ein Notar, dessen Amt erlischt oder dessen Amtssitz verlegt wird, seine Bücher und Akten auch mittels elektronischer Datenverarbeitung geführt, so ist er verpflichtet, dem Notariatsverwalter und dem Notar, dem die Landesjustizverwaltung die Verwahrung seiner Bücher und Akten übertragen hat (§ 51 BNotO), den Zugriff auf die gespeicherten Daten (Dateien) kostenlos zu ermöglichen. Die Weitergabe der Datenträger bzw. die Bereithaltung der Daten (Dateien) zur Übertragung auf ein anderes System haben ebenfalls unentgeltlich zu erfolgen. Etwaige Kosten einer notwendigen Datenkonvertierung braucht der die Daten überlassende Notar nicht zu übernehmen.
- 3.5. Für einen vorläufig amtsenthobenen Notar gelten die Nummern 3.1. bis 3.4. entsprechend.
4. Begibt sich der Notar nach Maßgabe des § 11a BNotO ins Ausland, unterstützt er einen im Ausland bestellten Notar oder nimmt er die kollegiale Hilfe eines im Ausland bestellten Notars in Anspruch, hat er seinen Kollegen in gebotener Maß darauf hinzuweisen, welchen berufsrechtlichen Bestimmungen er selbst unterliegt.

XII. Inkrafttreten

1. Diese Richtlinien treten am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Teil der „Mitteilungen der Notarkammer Koblenz“ in Kraft.
2. Gleichzeitig treten die Standesrechtlichen Richtlinien für die Amtsausübung der Notare im Bereich der Notarkammer Koblenz (RLNot-NK Koblenz), Beschluß der Versammlung der Kammer vom 26. April 1952, außer Kraft.

Anlage zu Abschnitt VII. Nr. 4.

1. Zulässig sind Anzeigen über
 - die Bestellung zum Notar,
 - eine Verlegung des Amtssitzes,
 - eine Verlegung der Geschäftsräume,
 - die Unterhaltung mehrerer Geschäftsstellen oder die Abhaltung auswärtiger Sprechtage,
 - Änderungen der Geschäftsstunden oder der Telekommunikationsverbindungen,
 - Änderungen der Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung oder der gemeinsamen Nutzung der Geschäftsräume.
2. Zulässig sind bis zu drei Veröffentlichungen in jeder in Betracht kommenden Zeitung des (künftigen) Amtsbereichs (§ 10 a BNotO).
3. Zulässig sind Anzeigen in einer Größe von bis zu 60/2-spaltig (ca. 6 x 9 cm).
4. Empfohlene Anzeigenmuster:

Bestellung zum Notar

Ab 1. ... 19.. bin ich (durch den Minister der Justiz) (als Amtsnachfolger von ...) zum Notar in ... bestellt.

N.N., Notar

Die Geschäftsräume befinden sich in ...

Geschäftszeiten:

Telefon/Telefax:

Geschäftsstellen/Sprechtage:

Verlegung des Amtssitzes

Ab 1. ... 19.. hat der Minister der Justiz meinen Amtssitz von ... nach ... (Amtsnachfolge nach ...) verlegt.

N.N., Notar

Die Geschäftsräume befinden sich in ...

Geschäftszeiten:

Telefon/Telefax:

Geschäftsstellen/Sprechtage:

Verlegung der Geschäftsräume

Ab 1. ... 19.. habe ich meine Geschäftsräume von der X-Straße 1 zur (in die) Y-Straße 2 verlegt.

N.N., Notar

Geschäftszeiten:

Telefon/Telefax:

Unterhaltung mehrerer Geschäftsstellen

Ab 1. ... 19.. unterhalte ich (mit Genehmigung des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz) in X-hausen, A-Straße 1, eine Geschäftsstelle.

Geschäftszeiten:

Telefon/Telefax:

Notar N.N. Y-Stadt

Abhaltung auswärtiger Sprechtage

Ab 1. ... 19.. halte ich (mit Genehmigung des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz) an jedem Mittwoch (jeweils am ...) einen Sprechtag in X-hausen, Gasthof zur Linde, ab.

Sprechzeiten:

Telefon/Telefax:

Notar N.N. Y-Stadt

Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung

Mit Wirkung vom ... haben wir uns (mit Genehmigung des Ministers der Justiz) zur gemeinsamen Berufsausübung zusammengeschlossen. Die Geschäftsräume befinden sich (nach wie vor) in ...

Geschäftszeiten:

Telefon/Telefax:

N.N. N.N., Notare

Gemeinsame Nutzung der Geschäftsräume

Ab 1. ... 19.. bin ich (durch den Minister der Justiz) (als Amtsnachfolger von ...) zum Notar in ... bestellt und übe meine Amtstätigkeit in Bürogemeinschaft mit Notar N.N. in den bisherigen Geschäftsräumen in ... aus.

N.N., Notar

Geschäftszeiten:

Telefon/Telefax: